

“Zwischen Zielen und Zielerreichung Stolpersteine auf dem Weg zu politischem Wandel”

Barbara Riek – October 2015

“Bildung für eine nachhaltige Entwicklung kann sich nicht in der Vermittlung von Wissen und Kenntnissen über Nachhaltigkeit erschöpfen, sie ist vielmehr Bildung, die auf gesellschaftlichen Wandel zielt, sie ist Bildung zur Transformation...”

“Angesichts der vor 10 Jahren verfolgten Ziele stellt sich heute die wachsende Erkenntnis ein, dass wir einer nachhaltigen globalen Entwicklung nicht näher gekommen sind.”

Diese beiden Zitate stammen aus der VENRO-Broschüre: ‚Globales Lernen als transformative Bildung für eine zukunftsfähige Entwicklung‘ aus dem Jahr 2014. Die Broschüre ist ein Diskussionsbeitrag von VENRO zum Abschluss der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Zwischen dem hohen Ziel der entwicklungspolitischen Akteure in Deutschland und dem Grad der Zielerreichung klafft – zurückhaltend ausgedrückt – eine bemerkenswerte Lücke.

Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst ist neben dem Staat der größte Förderer entwicklungsbezogener Bildungs- und Informationsarbeit in Deutschland. Es ist keine Bildungseinrichtung, sondern ein kirchliches Entwicklungswerk. Die Förderung von entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsprojekten in Deutschland gehört zum Satzungsauftrag und ist interessengeleitet: Dahinter stehen die Erwartung und das Vertrauen, dass Menschen im Rahmen dieser Projekte ermutigt und befähigt werden, sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzusetzen und so ihren Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Analysen wie die von VENRO schrecken auf und veranlassen zu einem kritischen Blick auf die geförderten Projekte.

Vorab: Die Verantwortlichen bei Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst sind nach wie vor davon überzeugt, dass das entwicklungspolitische Engagement von Informationsstellen, Aktionsgruppen, Kirchengemeinden, Schulen, Weltläden und vielen anderen einen maßgeblichen Beitrag zu gesellschaftlichem Wandel leisten kann und ein Entwicklungswerk, dem es um globale Gerechtigkeit geht, dieses Engagement unterstützen muss. Die Aussage, dass es in den letzten Jahrzehnten keine Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Entwicklung gab, können wir nicht unterschreiben – viele Wertvorstellungen in der Gesellschaft haben sich durchaus gewandelt. Wir teilen jedoch mit den Autoren/innen der VENRO-Broschüre die Einschätzung, dass das Geleistete hinter dem Nötigen und Möglichen zurückbleibt.

Die folgenden Überlegungen basieren auf der Bearbeitung von jährlich ca. 600 Anträgen von verschiedenen Akteuren der entwicklungspolitischen Bildungs-, Informations- und Lobbyarbeit. Die Analysen sind zugespitzt. Sicher lassen sich immer relativierende Gegenbeispiele finden. Die Zuspitzung mag jedoch helfen, in einem extrem heterogenen Arbeitsfeld Entwicklungslinien zu identifizieren. Dass in den Überlegungen sowohl mit dem Begriff „Globales Lernen“ als auch mit dem der „entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ gearbeitet wird, entspricht der Antrags- und Förderrealität.

Was wäre nötig?

Standortbestimmung: Wer sind wir und was ist das Problem?

Wer den gesellschaftlichen Wandel voranbringen will, muss die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verstehen und sich klar machen, in welche Situation hinein die Bildungsarbeit oder politische Intervention geleistet wird. Dazu gehört – natürlich – die Kenntnis grundlegender entwicklungspolitischer Sachverhalte. Bei den meisten Akteuren mangelt es daran nicht. Sie können ausführlich das Problem beschreiben, das es zu beheben gilt. Dabei scheint die Devise zu gelten, dass ihr Anliegen und ihr Vorhaben umso überzeugender sind, je drastischer und eindeutiger die Problembeschreibung ist – mit der Folge, dass nötige Differenzierungen auf der Strecke bleiben oder dass überholte Erklärungsmuster immer weiter tradiert werden.

Ein Beispiel aus der Praxis: Die wirtschaftlichen und politischen Koordinaten auf dieser Welt haben sich in den letzten Jahrzehnten einschneidend geändert. Einstmals arme „Entwicklungsländer“ sind zu wirtschaftlich starken Schwellenländern geworden, die sowohl wirtschaftlich als auch politisch ihren Einfluss geltend machen. Und auch in ganz armen Ländern haben sich Wohlstandsinseln gebildet, die nicht recht in traditionelle Erklärungsmuster passen. Diese Ausdifferenzierungen stellen für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit eine große Herausforderung dar und manche Anbieter von Bildungsangeboten tun sich schwer, sich von den vermeintlich eindeutigen Bildern und Erklärungsmustern der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts zu verabschieden: von dem klaren Nord-Süd-Gegensatz, von den eindeutigen Zuschreibungen Nutznießer/Ausbeuter und Opfer. ... Und sie tun sich schwer damit, sich auf ganz neue Fragestellungen einzustellen: Was bedeutet das sich wandelnde politische und wirtschaftliche Gewicht von Deutschland und Europa für die entwicklungspolitische Arbeit? Wie geht Solidarität, wenn die Armen sich aus dem Elend herausarbeiten und nicht mehr nur Opfer sind? Wenn sie mit ihrer Wirtschaftsweise oder ihren politischen Zielen vielleicht sogar zu neuem Unrecht beitragen? Was tun, wenn die „Stimmen aus dem Süden“ nicht mehr der Vermittlung bedürfen, sondern sich selbst Gehör verschaffen? Oder wenn Partnergruppen oder Initiativen im Süden ihre Probleme alleine lösen und auf Hilfe, auf Mitleid und auf Lösungsvorschläge aus dem Norden verzichten möchten?

Zur Standortbestimmung gehört eine Rollenklärung: Zielgruppenorientierung gehört zum Einmaleins des Globalen Lernens und so kann mittlerweile auch jeder Anbieter von Bildungsprojekten seine Zielgruppen benennen. Bloß wird nicht immer ausreichend reflektiert, was die Rolle der jeweiligen Zielgruppen ist oder sein kann. Viele Akteure stehen in der Gefahr, ihre Zielgruppen unterschiedslos mit den Problemen und Fehlentwicklungen auf dieser Welt zu konfrontieren (oft versehen mit unterschwelligen Schuldzuweisungen) und von ihnen Beiträge zur Lösung zu erwarten. Das ist zum

einen eine kolossale mentale Überforderung und führt zum anderen in die Irre. Die Verantwortung für weltpolitische Probleme und deren Lösung lässt sich nicht gleichmäßig auf die zufällig erreichbaren Zielgruppen verteilen: eine Frauengruppe trägt nicht die gleiche Verantwortung für ungerechte Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie in Bangladesh wie H&M-Manager, die ihre Zulieferer mit harten Verträgen knebeln. Zur Qualität der Bildungsarbeit gehört ein Gespür dafür, warum das zu bearbeitende Problem für die Zielgruppen relevant ist und dass die Zielgruppen lernen, genau zu analysieren, wo die Verantwortung für welche Fehlentwicklungen liegt und wo entsprechend mit der Lösung angesetzt werden muss.

Handeln? Oder Ersatzhandeln?

Erkennen – bewerten – handeln ist der bewährte Dreischritt, der bei den Akteuren des Globalen Lernens allgemein Zustimmung findet und die geförderten Bildungsprogramme strukturiert. In vielen Projekten wird der Dreischritt allerdings sehr schnell durchgeilt, um zum Handeln zu kommen. Es gilt als ausgemacht, dass Menschen jeglichen Alters, die sich mit entwicklungspolitischen Themen beschäftigen, sofort etwas tun wollen (und können), um dem behandelten Missstand abzuhelpfen. Entsprechend münden viele Projekte in Handlungsvorschläge – die werden in aller Regel vorgegeben und haben weder etwas mit dem Projektverlauf zu tun noch bauen sie auf der Kreativität der Zielgruppen auf. Hier spielt der Faire Handel eine wichtige Rolle. Fairer Einkauf ist leicht zu bewerkstelligen und politisch nicht anstößig. Allerdings besteht die Gefahr, dass mit dem abgeschlossenen fairen Einkauf auch der gerade erst angefangene Bildungsprozess abgeschlossen ist – man/frau hat ja getan, was sie tun sollten!

Keine Frage: Individuelle Konsumententscheidungen sind wichtige Elemente für eine gesellschaftliche Umsteuerung, da sie Alternativen aufzeigen, die Überzeugungskraft der Akteure erhöhen und insgesamt eine Einladung dazu sind, Veränderungen zu wagen. Man wird sich die Welt allerdings nicht gut kaufen können.

Konsument oder Bürgerin

Wie gesagt: Viele entwicklungspolitische Bildungsmaßnahmen münden in irgendeiner Form in die Handlungsoption: anders – besser – ökologischer oder gerechter konsumieren. Sie sprechen den Menschen an, der im Besitz einer Geldbörse ist, und appellieren an sein individuelles Verhalten.

Ein verantwortungsbewusstes individuelles Verhalten ist wichtig, kann aber nicht alles sein.

„Ich bin als Bürger eines freien Staats geboren und Glied des Souveräns, und so schwach auch der Einfluss meiner Stimme auf die öffentlichen Angelegenheiten sein mag – mein Stimmrecht genügt, mir die Pflicht aufzuerlegen, mich darin zu unterrichten...“. Die Aussage von J.J. Rousseau in seinem Werk „Du Contrat Social...“ ist eine gute Begründung für (entwicklungs)politische Bildung und Globales Lernen.

Darum geht es:

- Zielgruppen von Bildungsmaßnahmen sind nicht nur Konsumenten/innen, die individuelle Konsumententscheidungen treffen, sondern auch Bürger/innen.
- Bürger/innen müssen sich bewusst machen, was „der Einfluss meiner Stimme auf die öffentlichen Angelegenheiten“ im jeweiligen Kontext meint: politische Einflussnahme, Beteiligung am politischen Diskurs, kritisches Hinschauen, glaubwürdiges Handeln...

- „Bürger sein“ muss gelernt und geübt werden. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe in Projekten des Globalen Lernens, das „Handwerk“ einzuüben: Informationsbeschaffung, Meinungsbildung, Diskussionskultur, Streitkultur, politische Rede, Umgang mit Medien, Kommunikation mit Mandatsträgern, Formen politischer Beteiligung und Einmischung, Modelle nachhaltigen Handelns etc.

Rousseau legt den Bürgern scheinbar eine Last auf, indem er an ihre Pflichten erinnert. Tatsächlich beschreibt er jedoch einen Emanzipationsprozess. Vielen Projekten des Globalen Lernens und der entwicklungspolitischen Bildung fehlt die Idee, dass Beteiligung, Übernahme von Verantwortung oder die phantasievolle Suche nach sinnvollen Entwicklungsbeiträgen von Menschen positiv erlebt werden und sie und ihren Status in der Gesellschaft verändert.

Kein Streit bitte!

Globales Lernen will den Zielgruppen die Fähigkeit vermitteln, sich eine eigene Meinung zu bilden, sich mit dieser Meinung im politischen Diskurs behaupten zu können und Einfluss auf politische Entwicklungen zu nehmen. Dass sich politische Meinungsbildung in der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und in der Reibung gegensätzlicher Positionen entwickelt, ist in vielen Projekten nicht im Blick. Gegenpositionen zu den eigenen werden meist als interessengeleitet denunziert und nicht in ihrer Substanz geprüft. Das „erspart“ in vielen Fällen eine intensive und abwägende Auseinandersetzung mit anderen Meinungen.

Es besteht eine große Scheu, zu Seminaren oder Podien Referenten/innen einzuladen, die nicht auf der eigenen Linie liegen oder ihr wenigstens nahe kommen. Damit bleiben Diskussionen insidernmäßig und bewegen sich weniger um grundsätzliche als um Detailfragen.

Politische Kontroversen im Rahmen von Bildungs- und Informationsveranstaltungen sind nicht deshalb wertvoll, weil die Wahrheit immer irgendwo in der Mitte liegen würde, sondern weil sie helfen, andere Positionen wahrzunehmen und ernst zu nehmen und in konstruktiver Auseinandersetzung die eigene Position zu schärfen, sich im politischen Diskurs sicherer zu werden und sich überhaupt beherzt darauf einlassen zu können. Kluges Argumentieren und konstruktives Streiten müssten eigentlich wichtige Qualifizierungsziele in der (entwicklungs)politischen Bildung sein, damit Menschen den Mut und die Grundlagen haben, sich aus der Nische der Gleichgesinnten herauszubewegen.

„Die Politik“

Die Arbeit politischer Parteien ist bei der Suche nach Handlungsoptionen praktisch nicht im Blick. Deren verfassungsgemäßer Auftrag zur politischen Meinungsbildung wird nicht als Chance gesehen, sie bei dieser Aufgabe zu fordern und herauszufordern, noch viel weniger als Möglichkeit, durch Mitgliedschaft in den Politikbetrieb selbst einzutreten und von innen heraus an den Strukturen zu arbeiten.

In vielen Projekten werden undifferenziert „die Politik“ oder die aktuell Regierenden adressiert oder als zur Problemlösung nicht in der Lage oder nicht gewillt beschrieben. Diese Analyse mag in vielen Fällen richtig sein. Sie führt allerdings nicht weiter. Forderungen an die Politik und die Politiker/innen sind häufig diffus und zeugen davon, dass der Politikbetrieb mit seinen Aushandlungsprozessen nicht verstanden ist oder die verschiedenen Entscheidungsebenen nicht wirklich wahrgenommen werden:

Der Blick geht erwartungsvoll oder vorwurfsvoll nach Berlin, auch wenn z.B. die Zuständigkeiten längst nach Brüssel gewandert sind. Die Herausforderung besteht für Bildungsanbieter und ihre Zielgruppen darin, das vorfindliche politische System zu analysieren und Ansatzpunkte für ihre Interventionen zu finden (sofern man sich denn von „der Politik“ etwas verspricht) – das kann vom Gespräch mit dem örtlichen Gemeinderat über die Einladung an den Bundestagsabgeordneten zu einer Diskussionsveranstaltung bis zur Beteiligung an überregionalen Kampagnen oder Demonstrationen gegen unfaire Handelsregeln oder andere entwicklungspolitische Themen oder eben auch zum Lobbygespräch in Bundestagsausschüssen oder Ministerien gehen.

„Früher war alles besser“ – oder einfach anders?

Eine große Zahl der heutigen Informationsstellen oder Bildungseinrichtungen haben eine lange Geschichte. Sie sind aus der Ländersolidarität erwachsen (v.a. zu den Ländern Mittelamerikas, zu Südafrika, zu den Philippinen etc.) oder aus politischen Kampagnen. Die Gruppen der 70er, 80er oder 90er Jahre des letzten Jahrhunderts¹ waren lauter, bunter, radikaler und provokanter als die heutigen Informationsstellen oder Aktionsgruppen, ob auch effektiver sei dahingestellt.

Die „Zähmung“ kann – je nach politischem Standpunkt – als Zunahme von Feigheit oder als politische Fortschrittsgeschichte betrachtet werden.

Aus den Aktionsgruppen, aus den Initiativen und Kampagnen, die mehrheitlich ehrenamtlich, mit viel Personalfuktuation und nicht immer verbindlichen Positionen gearbeitet haben, sind Informationsstellen, Institute oder Bildungseinrichtungen geworden mit festen Adressen und festen Bürozeiten und viele inzwischen auch mit festem Personal. Sie konnten in den vergangenen Jahren Expertise aufbauen und sind zuverlässige Anlaufstelle für Journalisten, Gesprächspartner für Politiker/innen und Informationsstellen für entwicklungspolitisch Interessierte geworden. Der Zuwachs an festen Strukturen und Verlässlichkeit ist erkaufte mit einem Zuwachs an Abhängigkeit von Drittmitteln und der Orientierung an den Fördermöglichkeiten der Fördereinrichtungen. Wer Verantwortung für eine Organisation hat, wird diese nicht jährlich oder bei jedem Projekt durch zugespitzte politische Positionierung, steile Forderungen oder große Experimentierfreude zur Disposition stellen.

In den letzten Jahrzehnten ist die Erkenntnis gewachsen, dass gut gemeint nicht immer schon gut ist und viel Aktion nicht zwingend zum erwünschten Ergebnis führt, v.a. dann nicht, wenn das „erwünschte Ergebnis“ illusorisch ist. So haben auch Bildungsakteure gelernt wirkungsorientiert zu planen – mit dem Ergebnis, dass die Erwartungen an die eigene Arbeit realistischer wurden und verlässlich Rechenschaft über Erreichtes, nicht Erreichtes und neu Geplantes abgelegt werden kann. Allerdings auch mit dem Ergebnis, dass Projekte eher so angelegt werden, dass messbar Bescheidenes und Realisierbares dabei herauskommt und politische Aktion und langwierige und u.U. konfliktive politische Prozesse oder Experimente mit unsicherem Ausgang vermieden werden.

Sowohl VENRO als auch Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst und viele andere entwicklungspolitische Akteure in Deutschland erwarten und erhoffen sich, dass ihre Bildungs- und Informationsarbeit zu gesellschaftlichem Wandel beiträgt. Entsprechend tun sie gut daran, an dem anspruchsvollen Ziel aus der oben zitierten VENRO-Broschüre festzuhalten. Sowohl die vielen haupt-

¹ Damit ist ausschließlich die westdeutsche Szene beschrieben.

oder ehrenamtlichen Bildungsanbieter an der zivilgesellschaftlichen Basis als auch ihre Förderer werden sich jedoch intensiver fragen müssen, wie sie dem Ziel näherkommen wollen. Sie werden sich fragen müssen, ob die mittlerweile erreichte Professionalisierung der entwicklungspolitischen Szene in Deutschland, die in vielen Jahren mühsam erstritten wurde, und ihre beeindruckende Breitenwirkung wirklich notwendigerweise mit der Uniformität von immer gleichen Projekten einhergehen müssen, die wenig mobilisierend wirken, politischen Biss vermissen lassen und deshalb in ihrer Wirkung hinter dem Nötigen zurückbleiben.